

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Gruppe Gesundheit und Soziales**  
**Abteilung Soziales**  
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den  
Präsidenten des Landtages  
von Niederösterreich

**Landtag von Niederösterreich**  
Landtagsdirektion

Eing.: 08.07.2011

zu Ltg.-**863/S-2/2-2011**

— Ausschuss

**GS5-A-554/057-2011**

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

E-Mail: [post.gs5@noel.gv.at](mailto:post.gs5@noel.gv.at)

Fax: (02742) 9005/16220

Internet: <http://www.noel.gv.at>

Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug

Ltg.- 863/S-2/2-2011

BearbeiterIn

Mag. Andreas Haiden

(0 27 42) 9005

Durchwahl

16349

Datum

5. Juli 2011

Betrifft

Resolution des NÖ Landtages vom 14. April 2011 betreffend Fördermittel für den Blinden- und Sehbehindertenverband

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 14. April 2011, Ltg.- 863/S-2/2-2011, betreffend Fördermittel für den Blinden- und Sehbehindertenverband hat die NÖ Landesregierung den Beschluss des Landtages an die Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ Landesregierung weitergeleitet.

Es wurde an die Verbindungsstelle das Ersuchen gestellt, alle erforderlichen Schritte zur Umsetzung des angeführten Landtagsbeschlusses zu veranlassen.

Die LandessozialreferentInnenkonferenz befasste sich in ihrer Tagung am 27. Mai 2011 unter anderem mit diesem Resolutionsantrag und fasste dazu folgenden Beschluss:

*„Die LandessozialreferentInnenkonferenz bekräftigt den Beschluss vom 14. November 1997, jedoch mit der Maßgabe, dass im Zuge der Prüfung des Voranschlages und Festlegung der anerkannten Kosten durch den ATF (Ausgleichstaxfonds) die massiven Kostensteigerungen beim Förderansuchen zu hinterfragen sind und die stetige Reduktion der Hörerzahlen Berücksichtigung finden muss.“*

Im Sinne der Resolution des NÖ Landtages vom 14. April 2011 hat die NÖ Landesregierung den Österreichischen Blinden- und Sehbehindertenverband mit Schreiben vom 16. Juni 2011 über den bei der Tagung der LandessozialreferentInnen am 27. Mai 2011 gefassten Beschluss informiert.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung

Mag. Schwarz

Landesrätin